

Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor Fake-Shops schützen

Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
14. Juni 2026

FAKE-SHOP

alt

ctrl

Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor Fake-Shops schützen

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine wirksame Bekämpfung unseriöser Anbieter im Online-Handel einzusetzen und hierzu eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen. Ziel ist es, die rechtliche Verantwortung und Haftung von Online-Marktplätzen und Vermittlungsdiensten zu konkretisieren, die Transparenzpflichten für Händler zu verschärfen und die Durchsetzung europäischer Verbraucherrechte gegenüber Drittstaatenanbietern zu verbessern.

Begründung:

Der Online-Handel, insbesondere über große Plattformen und Marktplätze, ist das größte Einfallstor für unsichere und nicht rechtskonforme Produkte auf den EU-Binnenmarkt. Immer wieder gelangen etwa Spielzeuge mit verschluckbaren Kleinteilen, elektronische Geräte ohne CE-Kennzeichnung oder Kosmetika mit bedenklichen oder unbekanntem Inhaltsstoffen in den Umlauf. Häufig suggerieren Anbieter durch professionell gestaltete Webseiten, es handele sich um ein in Deutschland oder der EU ansässiges Einzelhandelsgeschäft. Tatsächlich werden die Produkte jedoch über Dropshipping direkt aus Drittstaaten – insbesondere aus China – versendet, oft ohne ausreichende Qualitätskontrollen. Die angegebenen Impressumsdaten sind in vielen Fällen unvollständig oder schlicht falsch. Möchten Verbraucherinnen und Verbraucher von ihrem Widerrufsrecht Gebrauch machen und gekaufte Waren zurücksenden, zeigt sich die tatsächliche Irreführung. Für die Retournierung der Waren in den Drittstaat fallen oftmals hohe Versandkosten an, die den Warenwert erheblich übersteigen können.





Verbraucherinnen und Verbraucher berichten regelmäßig über massive Probleme: mangelhafte Produktsicherheit, irreführende Produktbeschreibungen, lange Lieferzeiten, fehlende oder unzureichende Widerrufs- und Rückgabemöglichkeiten sowie die Missachtung europäischer Verbraucherrechte. Besonders problematisch ist, dass Händler aus dem Nicht-EU-Ausland sich häufig der rechtlichen Verantwortung entziehen und für Behörden schwer greifbar sind.

Die Plattformbetreiber profitieren wirtschaftlich von diesen Transaktionen, übernehmen aber bislang kaum Verantwortung für die über ihre Dienste verbreiteten Angebote. Um den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten und die Integrität des Binnenmarkts zu sichern, braucht es klare rechtliche Rahmenbedingungen, effektive Kontrollmechanismen und eine stärkere Haftung der Plattformbetreiber für die über ihre Dienste angebotenen Produkte. Es ist daher wichtig, dass Onlineplattformen und Onlineshops Verbraucherinnen und Verbraucher eindeutig über den Sitz der Händler und die Bedingungen der Rücksendung informieren, damit Verbraucherinnen und Verbraucher eine vollständig informierte Kaufentscheidung treffen können. Anfallende Zollgebühren, die Rücksendeadresse sowie mögliche Retourenkosten müssen deutlich und gut sichtbar beim Kauf auf der jeweiligen Webseite sichtbar sein.

Der Berliner Senat soll sich daher im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine konsequente Regulierung unseriöser Anbieter im Online-Handel einsetzen, um die Verbraucherrechte zu stärken und die Produktsicherheit im digitalen Binnenmarkt nachhaltig zu verbessern.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de